

Wie ein Donnerschlag traf es im November 1999 zwei Dutzend Angestellte der *New York Times*. Die Mitarbeiter, so konnte der Verlag der angesehensten amerikanischen Tageszeitung nachweisen, hatten „unangemessene“ und „anstößige“ E-Mails verschickt. Die fristlose Kündigung war die Folge. Was im vorvergangenen Jahr noch großes Entsetzen auslöste, ist heute Normalität. 14 Millionen Arbeitnehmer mit Online-Anschluss, mehr als ein Drittel der vernetzt arbeitenden Bevölkerung, werden in den USA lückenlos mit elektronischen Mitteln überwacht. Weltweit sollen es 27 Millionen Arbeitnehmer sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der Privacy Foundation, einer unabhängigen Organisation, die sich mit Fragen des Datenschutzes beschäftigt.

Vor allem die niedrigen Kosten der einschlägigen Filtersoftware, so heißt es in der Studie, sind für die Firmen der Anreiz, den geschäftlichen E-Mail- und

Der Chef liest mit

In den USA kontrollieren immer mehr Firmen die Mails der Mitarbeiter

Internet-Verkehr flächendeckend zu bespitzeln – mehr noch als das konkrete Interesse der Arbeitgeber an Inhalten. Automatische Suchsoftware wie „Mimesweeper“, „Investigator“ oder „Little Brother“, welche E-Mails und Surfverhalten der Angestellten nach Schlüsselbegriffen und indextierten Bilddateien durchkämmen, kosten die Firmen kaum mehr als zehn Mark pro Arbeitsplatz. Erst kürzlich haben die amerikanischen Streitkräfte eine Lizenz des gängigen Programms „Websense“ zur Überwachung von 200 000 Armee-Mitarbeitern erworben. Noch häufiger als flächendeckende Überwachung sind Stichproben: Diese gibt es nach einer Studie der Amerikanischen Managementvereinigung (AMA) in fast 80 Prozent aller Betriebe.

Besonders umstritten ist in den USA, ob und wie den Arbeitnehmern die digitale Überwachung angekündigt wird. Andrew Schulman, Autor der Studie der Privacy Foundation, beklagt, dass viele Firmen das Surfverhalten ihrer Arbeitnehmer aufzeichnen, um später eine Kündigung gegen einen unliebsamen Angestellten rechtfertigen zu können. Und in der Tat: Ein Viertel der größeren US-Firmen hat bis heute einen oder mehrere Mitarbeiter wegen E-Mail- oder Internet-Missbrauchs entlassen.

In Deutschland ist die Situation undurchsichtig, sowohl was die Fakten betrifft, als auch die Rechtslage. „Eine einschlägige Rechtssprechung ist nicht ersichtlich“, sagt Wolfgang Däubler, Rechtsprofessor an der Universität Bremen. Seiner Ansicht nach müsse für

E-Mail und Internet gleiches Recht gelten wie für dienstliche Telefonate. Arbeitgeber dürfen zwar aufzeichnen, wie viele E-Mails wann verschickt wurden, aber nicht deren Inhalt. Ausnahmen gelten in der Probezeit und falls der konkrete Verdacht besteht, dass Betriebsgeheimnisse verraten werden. Generell hält Däubler die deutschen Führungskräfte für vernünftig genug, das Klima in den Betrieben nicht mit übertriebener Überwachung zu vergiften. Er habe jedoch auch erlebt, dass ein Personalrat zugestimmt hat, die eigenen Kollegen zu überwachen.

In der Regel versuchen deutsche Großkonzerne, den Missbrauch von Internet-Anschlüssen präventiv zu unterbinden. Siemens hat einen Katalog von etwa 250 000 Web-Adressen für seine Angestellten gesperrt. „Die technischen Möglichkeiten der elektronischen Überwachung“, so sagt Däubler, „werden hier zu Lande bei weitem noch nicht ausgenutzt.“ Patrick Illinger